



DR. REGINE SAUTER, DIREKTORIN

Unschweizerischer Eingriff in die Sozialpartnerschaft

Neben der Besteuerung von unanständig Reichen ist die gesetzliche Festsetzung von Mindestlöhnen ein Dauerbrenner linker Politik. Da man damit bis jetzt auf nationaler Ebene erfolglos war, versucht man es im Stil der Salami taktik mit kantonalen und seit neustem auch kommunalen Volksinitiativen, die für das jeweilige Kantons resp. Gemeindegebiet einen bestimmten Mindestlohn fordern. Im Kanton Zürich liegen entsprechende Forderungen auf dem Tisch der städtischen Behörden von Kloten, Winterthur und der Stadt Zürich.

Die Fixierung eines Mindestlohns im Gesetz ist klar abzulehnen. Die Höhe des Lohns ist Gegenstand der Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Löhne variieren denn auch und sind branchenspezifisch, weshalb in vielen Branchen Gesamtarbeitsverträge gelten, welche von den Sozialpartnern mit entsprechendem Branchenwissen ausgehandelt werden. Undifferenzierte staatliche Lohn eingriffe höhlen die bewährte Sozialpartnerschaft aus und können letztlich auch zu einem Bumerang werden, weil das Risiko besteht, dass Tieflohnbeschäftigungen noch stärker wegrationalisiert bzw. durch technologische Lösungen ersetzt werden.

In diesem Sinne: Mindestlöhne nützen niemandem, greifen aber in das bewährte Verhältnis der Sozialpartner ein und sind damit zutiefst unschweizerisch.

SCHWERPUNKT

Eine sichere Investition in die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes

Die Zürcher Handelskammer (ZHK) unterstützt die Verlängerung von zwei Flugpisten am Flughafen Zürich. Die Massnahmen führen zu einem verlässlicheren Pistensystem, welches die Sicherheit und Stabilität erhöht und dadurch unnötige Verspätungen und Nachtflüge reduziert. In den kommenden Jahrzehnten werden Zürich und die Schweiz diesen Flughafen als zuverlässiges und sicheres Drehkreuz mit direkten Verbindungen in die ganze Welt brauchen.

Zusammen mit der Flughafen AG informierte Regierungsrätin Carmen Walker Späh im Juni die Öffentlichkeit, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat beantragt, den geplanten Verlän-

gerungen der Flugpisten 28 und 32 zuzustimmen. Die Verlängerungen der beiden Pisten haben zum Ziel, den Flugbetrieb des Flughafens Zürich inskünftig sicherer, stabiler und pünktlicher zu gestalten.

Diese Pläne werden seit vielen Jahren kontrovers diskutiert. Der Regierungsrat hat nun den ersten wichtigen Schritt gemacht. Als nächstes ist der Kantonsrat am Zug, die nötigen Verlängerungen zu genehmigen.

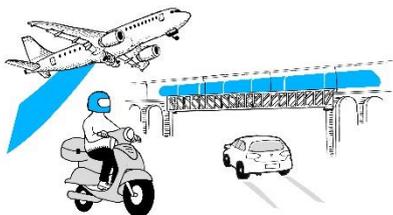
Zu kurze und wetteranfällige Pisten

Aufgrund des gesperrten deutschen Flugraums ab 21 Uhr müssen Flugzeuge ab dieser Uhrzeit von Osten her in Zürich landen – auf der Piste 28. Diese ist jedoch mit nur 2'500 Metern für grosse Maschinen zu kurz – insbesondere bei nasser Witterung. In solchen Fällen müssen die Flugzeuge über die sehr dicht besiedelten Gebiete im

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Süden ausweichen, was bei der betroffenen Bevölkerung auf Widerstand stösst. Überdies ist auch die Piste 32 für grosse Maschinen zu kurz. Für Starts Richtung Norden müssen schwere Flugzeuge deshalb auf die Piste 34 ausweichen. Diese kreuzt jedoch eine andere Piste, was ein zusätzliches Sicherheitsrisiko darstellt. Mit der Verlängerung beider Pisten könnten einige dieser Probleme aus dem Weg geräumt werden.



Handlungsbedarf für eine Verbesserung der Sicherheit

Die sich kreuzenden bzw. zu kurzen Pisten sowie der teilweise wetterbedingte Wechsel verschiedener Betriebskonzepte im laufenden Betrieb machen den Flugbetrieb am Zürcher Flughafen offensichtlich besonders komplex und stellen eine grosse Herausforderung für die Flugsicherung dar. Nebst einem massgeblichen Sicherheitsgewinn durch die Eliminierung von Kreuzungspunkten am Boden und in der Luft würde eine Verbesserung der Stabilität des Flugbetriebs bei allen Wetterlagen und für alle Flugzeugtypen erzielt. Dieser Effizienzgewinn dient insbesondere zu Spitzenzeiten der Pünktlichkeit. Folglich müssten deutlich weniger Flugbewegungen nach 23 Uhr abgewickelt werden.

Schweizer Luftverkehrssystem verliert an Wettbewerbsfähigkeit

Das Schweizer Luftverkehrssystem verliert an Wettbewerbsfähigkeit - insbesondere der Flughafen Zürich zeigte in den letzten Jahren aufgrund neuer Auflagen im Sicherheitsbereich Instabilität. Das einzige Interkontinentaldrehkreuz der Schweiz ist darauf angewiesen, sein mittlerweile 45 Jahre altes Pistensystem zu modernisieren, um weiterhin einen konkurrenzfähigen, interkontinentalen Flugbetrieb zu ermöglichen.

Schweizer Wirtschaft ist auf zuverlässige Verbindungen angewiesen

Als grösster Landesflughafen der Schweiz leistet der Flughafen Zürich einen zentralen Beitrag zur ausserordentlich hohen globalen Erreichbarkeit

des Wirtschaftsraums Zürichs und der gesamten Schweiz als Exportnation. Davon sind alle Unternehmen, welche auf zuverlässige und möglichst direkte Verbindungen zu ihren Kunden und Märkten auf der ganzen Welt angewiesen sind, abhängig. Deshalb ist der Flughafen Zürich für die gesamte Region und das ganze Land von hoher volkswirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Bedeutung. In normalen Zeiten trägt er massgeblich zur regionalen Wertschöpfung bei, was diverse Studien belegen und sich leider gerade in der aktuellen Krise bestätigt. Insbesondere Branchen, die im weitesten Sinne vom Flughafen abhängig sind, litten und leiden noch immer am stärksten unter den Auswirkungen der Pandemie.

Langfristige Planung notwendig

Die Verlängerungen der beiden Pisten stellen unabhängig von einer allfälligen, vorübergehenden Abnahme der Flugbewegungen nach der Corona-Krise eine notwendige und langfristige Investition dar, um den Zielen wie Pünktlichkeit, Stabilität und Sicherheit auch in 20 bis 30 Jahren gerecht werden zu können. Es handelt sich um einen sehr langen Planungshorizont, denn mit einem allfälligen Baubeginn ist nicht vor 2030 zu rechnen.

Der Kantonsrat ist daher aufgefordert, dem Antrag des Regierungsrates im Interesse der Schweiz und ihrer Zukunft zu folgen. Das letzte Wort dürfte allerdings die Stimmbevölkerung des Kantons Zürich haben, da der Beschluss des Kantonsrats dem fakultativen Referendum untersteht.

Autor: Roman Obrist

www.zhk.ch

ZHK NEWS

Nein zur Kantonalen Volksinitiative "Für eine Elternzeit"

Die Initianten der SP des Kantons Zürich verlangen mit ihrer kantonalen Volksinitiative eine Elternzeit von je 18 Wochen für jeden erwerbstätigen Elternteil einzuführen. Die Elternzeit soll durch die Erwerbersatzordnung (EO), also durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden bzw. vom Kanton (Steuerzahler) finanziert werden.

Grundsätzlich kann eine gemeinsame Elternzeit die fortschrittlichere Lösung als ein Mutter- und Vaterschaftsurlaub sein, allerdings sprengt eine derartige Ausdehnung des Urlaubs den für die Unternehmen zumutbaren Rahmen. Zudem würde ein solch kantonaler Alleingang dem Wirtschafts- und Innovationsstandort Zürich gegenüber anderen Kantonen schaden.

Hohe zusätzliche finanzielle Belastungen für die Unternehmen

In jüngster Zeit sind die Arbeitgebenden mit verschiedenen kostenintensiven Massnahmen verpflichtet worden. Darüber hinaus werden die anstehenden Reformen der BVG sowie der AHV, IV und ALV für weitere Belastungen sorgen. Die Kosten der Elternzeit sollen primär von der EO getragen werden. Über deren Höhe ist indessen nichts bekannt. Subsidiär wird der Kanton (Steuerzahler) einspringen müssen, was die Initianten in den FAQ jedoch bestreiten.

Schwächung des Wirtschaftskantons Zürich im Vergleich zu den Nachbarkantonen

Die Einführung einer zusätzlichen Elternzeit auf Kantonsebene schwächt die Wirtschaftskraft durch höhere Arbeitskosten. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit nimmt im Vergleich zu den Nachbarkantonen, welche keine umfassende Elternzeit kennen, ab.

Im Fall eines solch extremen Alleingangs des Kantons Zürich dürften sich Unternehmen ernsthaft überlegen, ob sie ihre Niederlassungen nicht in einen Nachbarkanton verlegen sollen. Auch bei Neuansiedelung von Unternehmen kann es dazu führen, dass sich KMU eher in anderen Kantonen orientieren werden, welche überdies auch attraktivere Unternehmenssteuern anbieten.

Aus Sicht der ZHK ist diese extreme Volksinitiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

www.zhk.ch



ZHK NEWS

ZHK fordert Anpassungen bei der 2. Etappe der Teilrevision des RPG

Der Bundesrat und das Parlament wollen das Bauen ausserhalb der Bauzonen neu regeln. Eine entsprechende Vorlage, welche auch als indirekter Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative ausgearbeitet wurde, unterstützt die ZHK im Grundsatz. Jedoch fordert sie, dass verschiedene Änderungen vorgenommen werden, welche insbesondere für den Wirtschaftsstandort Zürich von hoher Bedeutung sind.

Der Bundesrat legte am 31. Oktober 2018 den Entwurf für die 2. Etappe zur Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG) vor, wobei er u. a. das Bauen ausserhalb der Bauzonen neu regeln will. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (UREK-S) beschloss anschliessend, auf die Vorlage einzutreten und zu überarbeiten. Im Laufe der Beratungen brachte die Kommission zudem Bestimmungen ein, die wesentliche Anliegen der eidgenössischen Volksinitiative "Gegen die Verbauung unserer Landschaft (Landschaftsinitiative)" aufnehmen. Die Initiative sieht u. a. vor, dass das raumplanerische Grundprinzip der Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet neu ausdrücklich in der Bundesverfassung verankert werden soll. Die UREK-S war jedoch der Meinung, dass die Initiative wichtige Punkte offenlässt und stellte dieser deswegen einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber.

ZHK unterstützt Abbruchprämie

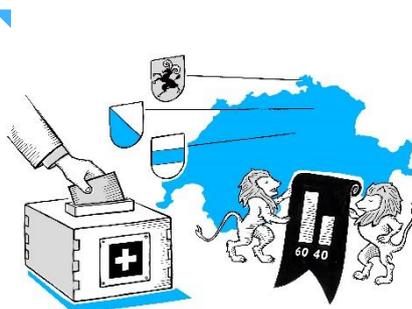
Die ZHK unterstützt in ihrer Stellungnahme zur Vernehmlassung der 2. Etappe der Teilrevision des RPG den Grundsatz der geplanten Änderungen sowie die Positionierung als Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative. Insbesondere begrüsst sie, dass statt auf eine generelle Beseitigungspflicht von Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen mit der Abbruchprämie auf eine Anreizstrategie gesetzt wird. Jedoch gibt es noch Anpassungsbedarf am vorgeschlagenen Gesetzestext. Die ZHK beschränkt sich in ihrer Stellungnahme auf die für den Wirtschaftsstandort Zürich besonders zentralen Änderungsvorschläge.

Anpassungsbedarf an der Teilrevision

Einerseits ist für die ZHK nicht nachvollziehbar, dass bei der Abbruchprämie für die Landwirtschaft unterschiedliche Regeln als für andere Wirtschaftszweige gelten sollte. Die Ausnahme, dass bei einer landwirtschaftlichen Nutzung die Abbruchprämie bezahlt wird, auch wenn ein Ersatzneubau erstellt wird, muss generell für alle Gebäude gelten, die zonenkonform oder standortgebunden sind. Andererseits kritisiert die ZHK, dass im Entwurf zur Teilrevision des RPG die Sachpläne des Bundes mit keinem Wort erwähnt werden. Dies ist insbesondere stossend, da es so zu Widersprüchen zwischen den Sachplänen des Bundes und den Richtplänen der Kantone kommen kann. Die ZHK fordert deswegen, dass in der Teilrevision des RPG eine die Sachplanung des Bundes betreffende Präzisierung aufzunehmen ist.

Vollständige Stellungnahme unter

www.zhk.ch



ZHK NEWS

Geplante PBG-Revision mit unverhältnismässigen Vorschlägen

Der Regierungsrat will mit einer Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) die Siedlungsentwicklung so ausgestalten, dass sie für die Folgen des Klimawandels gerüstet ist. Diesen Grundgedanken unterstützt die Zürcher Handelskammer. In ihrer Stellungnahme zur Vernehmlassung der PBG-Revision kritisiert sie jedoch nicht zielführende, unverhältnismässige Änderungsvorschläge, welche der Bauwirtschaft weitere Hürden auferlegen und zu hohen Kosten führen würden.

Mit der PBG-Revision «Klimaangepasste Siedlungsentwicklung» will der Regierungsrat Instrumente für die Nutzungsplanung schaffen, damit die Gemeinden gezielt Massnahmen gegen Hitzebelastung in Städten und Agglomerationen umsetzen können. Sie sollen damit verschiedene Mittel für

die Verbesserung des Lokalklimas erhalten. Die ZHK unterstützt den Grundgedanken der Vernehmlassung zur Revision des PBG, nämlich die Siedlungsentwicklung so auszugestalten, dass sie für die Folgen des Klimawandels gerüstet ist. Dafür sind vielfältige Lösungsansätze nötig. Einige der vorgeschlagenen Änderungen unterstützt die ZHK deswegen.

Anderer Vorschläge gehen der ZHK zu weit, sind nicht zielführend und würden zu hohen Kosten für die Wirtschaft und Private führen. Sie stellen zudem erhebliche Eingriffe in die Eigentumsrechte der Immobilieneigentümer dar. Bereits heute machen ausserdem die vielen Vorschriften das Bauen teils unnötig schwierig. Die ZHK fordert deswegen, unverhältnismässige Revisionsvorschläge abzuschwächen bzw. auf solche ganz zu verzichten.

Konkret sind neue Regelungen zur Einschränkung der Unterbauung nicht angebracht. Diese schränken Grundstück- und Immobilieneigentümerinnen stark ein und sorgen für hohe Kosten. Zudem verhindern die vorgeschlagenen starren Regeln auch das von verschiedener Seite geforderte verdichtete Bauen. Andere Vorschläge, welche einen unverhältnismässig grossen Eingriff in die verfassungsmässig geschützte Eigentumsgarantie zur Folge hätten, lehnt die ZHK entschieden ab.

Vollständige Stellungnahme unter

www.zhk.ch

ZHK NEWS

ZHK und Regierungsrat einig: Ein Anreizsystem zur Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit ist nicht notwendig

Der Regierungsrat sieht keinen Grund, ein Anreizsystem zu schaffen, welches darauf hinwirken soll, dass Unternehmen im Kanton Lehrabgängerinnen und -abgänger weiterbeschäftigen. Das geht aus der Antwort auf ein Postulat mehrerer Kantonsräte hervor. Eine Mitgliederbefragung der ZHK führte ebenso zum Ergebnis, dass keine Notwendigkeit für eine solche interventionistische Massnahme besteht.

Mittels eines dringlichen Postulates haben im Juni 2020 Kantonsräte der SVP, Grüne und EVP den Regierungsrat aufgefordert, ein Anreizkonzept zu erarbeiten, damit Unternehmen abgehende Lehrlinge weiterbeschäftigen, sodass sie nicht mit der Arbeitslosigkeit in die Berufswelt starten. Befürchtet wurde, dass viele Lehrabgängerinnen und -abgänger ihre Lehre ohne Anschlusslösung abschliessen. Insbesondere sollte vermieden werden, dass gut ausgebildete junge Berufsleute den Einstieg ins Berufsleben über längere Zeit nicht finden und so ein negatives Erlebnis mit sich tragen. Der Kantonsrat überwies den Vorstoss im September 2020 an den Regierungsrat.

Lernende in geringem Masse von Corona betroffen

Infolgedessen führte der Regierungsrat eine Vernehmlassung bei den Sozialpartnern durch. Die ZHK hat sich ebenfalls an der Konsultation beteiligt und dafür einem Teil ihrer Mitglieder eine Umfrage zukommen lassen. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort auf das Postulat aufzeigt, waren die Sorgen der Kantonsräte im Sommer 2020 glücklicherweise unbegründet: Lernende waren nur in sehr geringem Masse von der Corona-Situation betroffen. Die absolute Anzahl arbeitsloser Lehrabgängerinnen und -abgänger lag im Juni 2021 sogar leicht unter dem Vorkrisenniveau. Für das laufende Jahr 2021 prognostiziert die Expertengruppe des SECO zudem ein BIP-Wachstum von 3,6 Prozent, was den bereits feststellbaren Rückgang der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit festigen dürfte. Damit wird sich auch die unter Umständen heikle Situation während der Phase der Lehrabschlüsse entspannen. Für das Folgejahr 2022 wird mit einem Wachstum von 3,3 Prozent gerechnet.

Anreizsystem nicht zielführend

Der Regierungsrat erachtet deswegen ein Anreizsystem zur Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und -abgängern als nicht notwendig und beantragt dem Kantonsrat, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Denselben Schluss zog auch die ZHK aus ihrer Mitgliederbefragung. Die Mehrheit der Befragten sieht keine Notwendigkeit, ein Anreizsystem zu schaffen. Die befragten Unternehmen sind sich dem Wert der dualen Berufsbildung in der Schweiz bewusst und sehen es deshalb

als ihre Verantwortung an, auch in Krisenzeiten ihren Beitrag zu leisten und sich mittels interner Lösungen für die Weiterbeschäftigung der Lernenden einzusetzen. Dies setzt aber voraus, dass es entsprechende Stellen im Betrieb gibt. Sofern es keine offenen Positionen gibt, ist eine Weiterbeschäftigung nicht in allen Fällen möglich. Hier würde jedoch auch kein staatliches Anreizsystem helfen, welches "künstliche" Stellen kriert. Drohende Betriebschliessungen können dadurch nicht verhindert, höchstens verzögert werden.

www.zhk.ch

ZHK NEWS

Bekanntnis zur Dreifachnutzung des Flugplatzareals Dübendorf

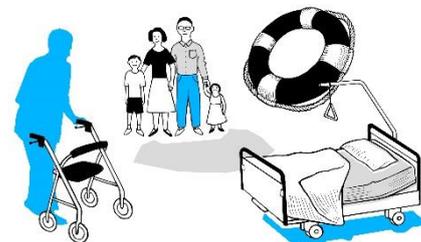
Die ZHK begrüsst die am 31. August 2021 vorgestellte Gesamtschau zum Flugplatzareal Dübendorf im Grundsatz. Einverstanden zeigt sie sich vor allem mit dem neuerlichen klaren Bekanntnis aller involvierten Parteien zur Dreifachnutzung des Areals.

Die ZHK ist erfreut über das klare Bekanntnis aller involvierten Parteien, eine Dreifachnutzung des Areals – Innovationspark, ziviler Flugplatz mit militärischer Mitbenutzung – voranzutreiben. Damit wird nicht nur der Bau des Innovationsparks vorangetrieben, für welchen sich die ZHK seit Jahren stark einsetzt, sondern auch klar festgehalten, dass die Flugpisten in Zukunft ein wichtiges Merkmal des Areals bleiben. Auch unterstützenswert ist die Vision, dass der Flugplatz zu einem international führenden Standort für die Forschung, Entwicklung und Erprobung von innovativen und CO₂-neutralen Mobilitätslösungen am Boden und in der Luft entwickelt werden soll.

Die Business Aviation sollte dabei aber nicht vergessen werden. Die Bedeutung der Geschäftsfliegerei für die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts darf nicht unterschätzt werden und der Flugplatz Dübendorf ist der ideale Standort dafür. Es ist deswegen wichtig, dass das Projekt "Flight Plan" so ausgearbeitet wird, dass langfristig keine Türen geschlossen werden, um die Geschäftsfliegerei in Dübendorf zu ermöglichen.

Dank dem vorgestellten Synthesebericht gilt es jetzt keine Zeit mehr zu verlieren und dem Innovationspark auf allen föderalen Ebenen endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

www.zhk.ch



ZHK EVENTS

Gentherapien brauchen neue Rahmenbedingungen

Gentherapien sollen künftig chronische Erkrankungen dauerhaft heilen können. Doch sie sind auch entsprechend teuer. Daher müsse auch die Finanzierung gesichert sein, erläuterte Sabine Bruckner, Schweiz-Chefin von Pfizer, an einer Online-Veranstaltung der Zürcher Handelskammer.

Viele seltene Krankheiten gehen auf einen Gendefekt zurück. Die Betroffenen leiden oft ein Leben lang, die ständige Behandlung der Symptome ist teuer. Gentherapien versprechen dagegen, das defekte Gen zu reparieren oder durch ein funktionierendes zu ersetzen. „An die Stelle der Reparaturmedizin könnte damit die heilende Medizin treten“, sagte Sabine Bruckner, Chefin von Pfizer Schweiz, an der digital durchgeführten Veranstaltung „Zürcher Wirtschaft sichtbar machen“ der Zürcher Handelskammer vom 8. September 2021.

Gentherapien hätten das Potenzial, mit einer Einmalbehandlung die chronischen Behandlungen der Symptome zu ersetzen, sagt Rea Lal, bei Pfizer Schweiz und Österreich für seltene Krankheiten zuständig. Das senke die Belastung für die Patienten und ihre Familien, zugleich aber auch die Kosten. Das Problem: Die Entwicklung der Therapien brauche viel Zeit und sei sehr teuer. Pfizer selber teste derzeit drei Gentherapien in klinischen Studien, davon zwei gegen die Bluterkrankheit.

Weltweit könnten bis 2023 insgesamt 40 Gentherapien auf dem Markt sein,

sagte Sabine Bruckner. Allerdings brauche es die entsprechenden Rahmenbedingungen, um sie zu den Patienten zu bringen. „Wir kommen mit den aktuellen Preismodellen an unsere Grenzen.“ Der Dialog zur künftigen Finanzierung habe aber bereits begonnen.

Pfizer ist seit 1959 mit inzwischen mehr als 200 Beschäftigten am Standort Zürich vertreten. Für Zürich spräche die Nähe zur Universität und zur Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, aber auch die hohe Lebensqualität. Es sei leicht, Mitarbeitende konzernintern zu einem Umzug nach Zürich zu bewegen. „Der Wirtschaftsraum Zürich ist in den vergangenen Jahren zu einem führenden Standort der Pharmabranche in Europa geworden“, so Bruckner. Pfizer sei in Zürich auch ein Ausbildungsbetrieb mit derzeit sechs Lehrlingen. Die Forschung würde unter anderem mit dem Pfizer Forschungspreis unterstützt. Dieser habe in drei Jahrzehnten insgesamt 6 Millionen Franken an Forschende in der Schweiz ausgelobt.

www.zhk.ch

PARTNER NEWS

Wirtschaft setzt sich für höhere Impfquote ein

Der Schweizerische Gewerbeverband, der Schweizerische Arbeitgeberverband und economiesuisse rufen zur weiteren Erhöhung der Impfquote auf. Dafür sollten Unternehmen ihren Angestellten Impfungen während der Arbeitszeit ermöglichen. Die ZHK unterstützt den Aufruf der Wirtschaftsverbände.

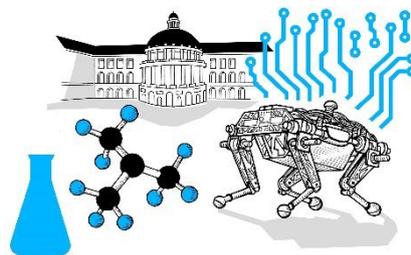
Um neue einschneidende Belastungen von Gesellschaft und Wirtschaft zu vermeiden, müsse die Schweiz ihre Impfquote steigern, heisst es in einem Aufruf von economiesuisse, dem Schweizerischen Gewerbeverband und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband. Darin appellieren die drei Wirtschaftsverbände daher an die Bevölkerung, „von den Impfangeboten weiterhin Gebrauch zu machen“. Der Aufruf der Wirtschaftsverbände wird auch von der Zürcher Handelskammer unterstützt.

„Wir können und wollen uns keinen dritten Lockdown oder noch mehr Distanzmassnahmen leisten“, heisst es im Aufruf. Statt dessen müssten Bevölkerung und Wirtschaft „raschmöglichst den Weg zurück in die Normalität finden“.

Impfen wird auf diesem Weg als ein wichtiges Element gesehen. Es könne jedoch nur dann „durchschlagenden Erfolg“ bringen, wenn etwa 80 Prozent der Bevölkerung geimpft seien, argumentieren die Verbände. Derzeit sind etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung doppelt geimpft.

Um die Lücke zu schliessen, rufen die Wirtschaftsverbände die Unternehmen zur Unterstützung auf. Viele Firmen ermöglichten es ihren Angestellten, einen Impftermin während der Arbeitszeit wahrzunehmen, erläutert economiesuisse. „Im Interesse von uns allen“, appellieren die Dachverbände „an alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, diesem Beispiel Folge zu leisten“.

www.zhk.ch



PARTNER NEWS

Schulen im Kanton Zürich erhalten 1200 Experimentierkoffer

Die SimpleScience-Stiftung stattet in diesem Herbst Sekundarschulen im Kanton Zürich mit 1200 Experimentierkoffern für Nanotechnologie aus. Die SimpleNano 2-Koffer sollen Schüler und insbesondere Schülerinnen der Oberstufe für Naturwissenschaften und Technik begeistern und so dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Die ZHK unterstützt das Projekt.

Oberstufenklassen im Kanton Zürich erhalten ab diesem Schuljahr Experimentierkoffer für den Natur- und Technikunterricht. Insgesamt 1200 kostenlose SimpleNano 2-Koffer für Experimente mit Nanotechnologie verteilt die SimpleScience-Stiftung an Sekundarschulen. Der Kanton Zürich ist

nach St. Gallen, Aargau und beiden Appenzell der fünfte Kanton, der das Lernmedium den Schulen flächendeckend einführt.

Ein Koffer enthält 32 verschiedene Experimente, eine Lernwerkstatt sowie alle notwendigen Chemikalien, Materialien und Unterlagen. Die Experimente rund um Nanotechnologie als eine der wichtigsten Zukunftstechnologien sollen die Schüler überraschen und begeistern. Sie behandeln Fragen wie: „Warum klebt der Gecko an der Decke?“, „Warum liegen Babys in Windeln trocken?“ und „Wie kommt ein COVID-19-Impfstoff in die Zellen?“.

„Das SimpleNano 2-Projekt ist für die Schweizer Bildungslandschaft ein Leuchtturm-Projekt, das schweizweit umgesetzt werden sollte. Es muss uns insbesondere gelingen, vermehrt Mädchen für naturwissenschaftlich-technische Berufe zu begeistern“, wird der Zürcher Nationalrat Philipp Kutter (Die Mitte) in der Medienmitteilung zitiert.

Entwickelt wurde SimpleNano 2 von der SimpleScience-Stiftung als Trägerin und der Innovationsgesellschaft mbH als Entwicklungspartnerin. Unterstützt wird der Einsatz von einer Vielzahl von Partnern, darunter scienceindustries und die Zürcher Handelskammer.

www.zhk.ch

KONJUNKTUR UND WACHSTUM

Euler Hermes sieht einen Konjunkturboom

Exportkreditversicherer Euler Hermes geht von starkem Exportwachstum 2021 aus. Das Welthandelsvolumen steige um 7,7 Prozent und die Schweizer Wirtschaft um 3,6 Prozent. Schweizer Exporte überschreiten erstmals die Marke von 60 Milliarden Franken.

www.eulerhermes.com

REGULIERUNG UND WETTBEWERB

Wirtschaft bekennt sich zu nachhaltiger Verantwortung

Immer mehr Schweizer Unternehmen verfolgen Nachhaltigkeitsziele. So lautet das Kredo des Wirtschaftsgipfels

mit dem Titel „Swiss Green Economy Symposium“ (SGES) in Winterthur. Über 600 Entscheidungsträger nahmen daran teil.

www.sges.ch

STANDORT UND WETTBEWERB

Die Zeichen stehen auf Aufbruch

Der Wirtschaftsraum Zürich hat gute Chancen, die Folgen der Krise zu meistern. Dafür muss er die Chancen der technologischen Erneuerung meistern. Die Ansiedlung von zukunftsweisenden Unternehmen leistet dazu einen Beitrag, wie die ersten GZA Perspektiven gezeigt haben.

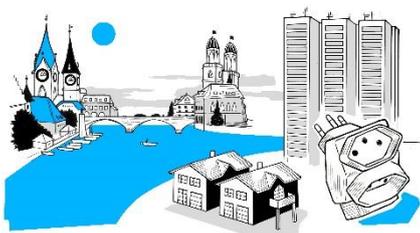
www.greaterzuricharea.com

STANDORT UND WETTBEWERB

Zug, Basel-Stadt und Zürich führen bei Wettbewerbsfähigkeit

Die Kantone Zug, Basel-Stadt und Zürich bilden wie bereits 2019 das Spitzenrio im Kantonalen Wettbewerbsindikator der UBS. Aargau und Schwyz sind neu in der Gruppe mit hoher Wettbewerbsfähigkeit platziert, auch Solothurn steigt auf. Die Pandemie hat die Rangordnung nur wenig beeinflusst.

www.ubs.com



STANDORT UND WETTBEWERB

Bundesrat will Start-up-Standort Schweiz stärken

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF hat im Auftrag des Bundesrates das Start-up-Ökosystem der Schweiz untersucht. Dieses ist – wie der Bericht zeigt – grundsätzlich gut aufgestellt. Allerdings besteht in verschiedenen Bereichen Verbesserungspotenzial,

namentlich hinsichtlich Technologietransfer, Internationalisierung, Zugang zu Fachkräften sowie bei der Finanzierung. Der Bundesrat hat das WBF und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD am 25. August 2021 beauftragt, Massnahmen in diesen Bereichen vertieft zu prüfen. Die Ergebnisse sollen im Juni 2022 vorliegen.

www.wbf.admin.ch

STANDORT UND WETTBEWERB

Coronavirus: Bundesrat will Schweizer Tourismus unterstützen

Der Bundesrat hat am 1. September 2021 ein Recovery Programm für den Schweizer Tourismus verabschiedet. Damit soll die Erholung des Tourismus nach der Covid-19-Pandemie vorangetrieben werden. Das Programm ist insbesondere darauf ausgerichtet, die Nachfrage wiederzubeleben und die Innovationsfähigkeit zu erhalten. So soll unter anderem Schweiz Tourismus zusätzliche Bundesmittel erhalten.

www.seco.admin.ch

STANDORT UND WETTBEWERB

Zürich ist die erste Grünstadt Schweiz

Als erste Stadt des Landes erhält Zürich die Auszeichnung als Grünstadt Schweiz in Gold. Das Prädikat wird an Städte und Gemeinden vergeben, die ihre Grünflächen nachhaltig planen, gestalten und pflegen.

www.stadt-zuerich.ch

STANDORT UND WETTBEWERB

Schweizer Biotech-Standort blüht

Die Schweiz gehört zu den attraktivsten Standorten für Biotech-Firmen, wie der Swiss Biotech Day zeigt. Beim Kongress ist zudem die starke Position des Landes bei der Herstellung komplexer Biopharmazeutika hervorgehoben worden. Auch die Zukunftsaussichten werden als gut eingeschätzt.

www.swissbiotech.org

ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Arbeitnehmende wünschen sich Flexibilität

Im zweiten Jahr der Corona-Pandemie freuen sich 58 Prozent der Mitarbeitenden auf ein Wiedersehen mit ihren Kollegen. Auf die Möglichkeit, auch weiterhin von zuhause aus zu arbeiten, wollen die wenigsten aber verzichten, wie eine Studie der Adecco-Gruppe zeigt.

www.adeccogroup.ch

BILDUNG UND FORSCHUNG

ETH bleibt beste Hochschule Kontinentaleuropas

Die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH) ist weiterhin die beste Hochschule auf dem europäischen Kontinent, wie die Rangliste der „Times Higher Education“ zeigt. Auch ihre Schwesterhochschule in Lausanne und die Universität Zürich schaffen es unter die besten 100.

www.timeshighereducation.com

DIGITALISIERUNG UND INNOVATION

Kanton Zürich lanciert eigene Top-Level-Domain

Der Kanton Zürich bietet im Kanton ansässigen Unternehmen und Organisationen die Top-Level-Domain .zürich für ihren Internetauftritt an. Sie soll dem Wirtschaftsraum Zürich mehr Sichtbarkeit im digitalen Raum verschaffen. Als Domainregistrar fungiert Hostpoint.

www.zh.ch

DIGITALISIERUNG UND INNOVATION

Der Bund baut ein «Kompetenznetzwerk Künstliche Intelligenz» auf

Künstliche Intelligenz (KI) zählt zu den wegweisenden Technologien für die digitale Zukunft und weist ein grosses Potenzial auch für den Einsatz in der öffentlichen Verwaltung auf. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 25.

August 2021 entschieden, ein «Kompetenznetzwerk Künstliche Intelligenz» (KNW KI) aufzubauen. Die dazugehörige Geschäftsstelle wird beim Bundesamt für Statistik (BFS) angesiedelt.

www.edi.admin.ch

DIGITALISIERUNG UND INNOVATION

Zürich gehört zu den wichtigsten Tech-Städten Europas

Zürich wird von fDi Intelligence als eine der 13 zukunftsreichsten Tech-Städte Europas eingestuft. Insbesondere die Innovationskraft und das wirtschaftliche Potenzial werden hoch bewertet. Bei Letzterem erreicht auch Zug einen Spitzenplatz. Weiter wird die Krisenfestigkeit Zürichs gelobt.

www.fdiintelligence.com

DIGITALISIERUNG UND INNOVATION

Flughafen Zürich gewinnt Preise für digitale Plattform

Die Digital Experience Platform des Flughafens Zürich und der Internetaagentur Unic ist bei den Best of Swiss Web Awards mehrfach ausgezeichnet worden. Laut Jury steht im Hintergrund ein Framework mit hochmodernen Technologieansätzen, die nahtlos zusammenspielen.

www.bestofswissweb.swiss

DIGITALISIERUNG UND INNOVATION

Wirtschaftsraum Zürich beheimatet die besten Start-ups

Im Rahmen des TOP 100 Swiss Startup Awards 2021 sind die vielversprechendsten Jungfirmen der Schweiz gekürt worden. Die Podiumsplätze werden von Start-ups aus dem Wirtschaftsraum Zürich belegt. Planted Foods schafft es an die Spitze, gefolgt von Cutiss und 9T Labs.

www.top100startups.swiss

LUFTVERKEHR UND MOBILITÄT

Politikbrief Flughafen Zürich

Die aktuelle Ausgabe des Politikbriefs der Flughafen Zürich AG beinhaltet u.a. folgende Themen:

- Pistenverlängerungen: Investition in die Zukunft
- Gastbeitrag: Karin Lenzlinger, Präsidentin Zürcher Handelskammer
- Nach dem Nein zum CO₂-Gesetz: Grosse Chance für Neustart
- "Fit-for-55" der Europäischen Kommission: Luftfahrtpolitische Analyse und Einschätzung

www.flughafen-zuerich.ch/politikbrief

LUFTVERKEHR UND MOBILITÄT

Passagierzahlen erreichen Hälfte des Vorkrisenniveaus

Das Passagieraufkommen am Flughafen Zürich hat im August erstmals wieder die Hälfte des Werts vor Ausbruch der Pandemie überschritten. Im Vergleich zu 2020 hat sich die Zahl der Passagiere mehr als verdoppelt. Die Flughafenbetreiberin erwartet auch für die Herbstferien Spitzenwerte.

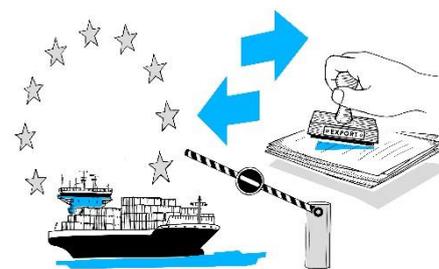
www.flughafen-zuerich.ch

AUSSENWIRTSCHAFT UND HANDEL

Das modernisierte Freihandelsabkommen EFTA-Türkei tritt am 1. Oktober 2021 in Kraft

Das modernisierte Freihandelsabkommen (FHA) zwischen den Ländern der Europäischen Freihandelszone (EFTA) und der Türkei tritt am 1. Oktober 2021 in Kraft. Entsprechend hat der Bundesrat am 25. August 2021 die notwendige Verordnungsänderung zur Umsetzung der im FHA vorgesehenen Zollkonzessionen beschlossen. Mit dem modernisierten Abkommen soll der Handel zwischen den EFTA-Ländern und der Türkei weiter ausgebaut werden. Es ersetzt das bestehende FHA, das seit 1992 in Kraft ist.

www.wbf.admin.ch



AUSSENWIRTSCHAFT UND HANDEL

Avenir Suisse warnt vor Erosion des bilateralen Wegs

Avenir Suisse lotet die Auswirkungen des Abbruchs der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU aus. Der „Erosionsmonitor“ informiert über bereits bestehende Beeinträchtigungen und zeigt das Risiko weiterer Erosionen der Zusammenarbeit auf.

www.avenir-suisse.ch

AUSSENWIRTSCHAFT UND HANDEL

Economiesuisse macht Druck bei Ursprungsregeln

Schweizer Exportunternehmen können im Verkehr mit Europa und dem Mittelmeerraum seit Anfang September zwischen zwei Regelungen zu den Ursprungsregeln wählen. Die revidierte Version gilt bisher jedoch nur bilateral. Economiesuisse fordert eine schnelle Einigung der Vertragsparteien in EFTA und EU.

www.economiesuisse.ch

AUSSENWIRTSCHAFT UND HANDEL

S-GE Export News

Abonnieren Sie die elektronischen «export.news» der S-GE:

Diese aktuellen Meldungen aus den internationalen Märkten sind eine Gemeinschaftsproduktion der Schweizer Industrie- und Handelskammern und Switzerland Global Enterprise für die Schweizer Exportindustrie.

Anmeldung unter www.s-ge.com/de/newsletter-exportieren-aus-der-schweiz

VERANSTALTUNGEN, SEMINARE

SSIB: Aus- und Weiterbildung im Import-Export**Seminare**

Alle folgenden Veranstaltungen finden in hybrider Form statt.

Freihandelsabkommen und -systeme, Präferenzielle Ursprungsregeln

28. Oktober 2021, 8.30 – 17.00 Uhr
Referent: Markus Wermelinger

Basisseminar Tarifierung und Zollgebühren

4. November 2021, 13.30 – 17.00 Uhr
Referent: Martin Grob

Aufbauseminar Exportkontrolle

17. November 2021, 8.30 – 17.00 Uhr
Referent: Dieter Wintergerst

Zoll- und Importabwicklung

7. Dezember 2021, 8.30 – 17.00 Uhr
Referent: Mario Caccivio

Lehrgänge mit Start 2021/2022:

Lehrgang Exportsachbearbeiter/-in mit SIHK-Diplom

13.09.2021 – 6.12.2021, 6 Kurstage

Aussenhandelsfachmann/-frau

23.10.2021 – 17.12.2022, 24 Kurstage
28.01.2022 – 10.12.2022, 24 Kurstage
02.04.2022 – 21.01.2023, 18 Kurstage

Aussenhandelsleiter/-in

26.11.2021 – 29.10.2022, 24 Kurstage

Weitere Infos und Anmeldung unter

www.ssib.ch

VERANSTALTUNGEN, SEMINARE

swiss export Programm Oktober bis November 2021; Zürich**Seminare und Kurse**

Zollgrundlagen kompakt – Einstieg in die Praxis

26. Oktober 2021, 8.30 – 16.00 Uhr

Akkreditive: einwandfreie Abwicklung

28. Oktober 2021, 8.30 – 16.00 Uhr

Transportrisiken richtig einschätzen und minimieren – Praxisworkshop

2. November 2021, 13.30 – 17.15 Uhr,
anschl. Apéro, T-LINK Bassersdorf

Einstieg in die Exportabwicklung – Schwerpunkt: Lieferungen in die EU

4. November 2021, 8.30 – 16.00 Uhr

EU-Verzollung und deren Vorteile

16. November 2021, 13.30 – 17.00 Uhr

Der präferenzielle Warenursprung – Vertiefungsseminar

25. November 2021, 8.30 – 16.00 Uhr

Weitere Infos und Anmeldung unter

www.swiss-export.com

ZHK MITGLIEDER

Entdecken Sie das ZHK-Firmenwiki

Das ZHK-Firmenwiki, kurz Fiwi, vereint alle Nachrichten derjenigen Unternehmen, welche Mitglied bei der Zürcher Handelskammer sind. Gibt es spannende Nachrichten und Informationen über Ihr Unternehmen zu berichten, die auch für andere relevant sind, dann können Sie gerne Informationen und Medienmitteilungen an folgende E-Mail-Adresse schicken: zhkfirmitwiki@punkt4.info
www.zhk.ch/fiwi

IMPRESSUM

Die Zürcher Handelskammer vertritt als branchenübergreifender Wirtschaftsverband die Interessen der ihr angeschlossenen rund 1'100 Unternehmen und Einzelpersonen in den Kantonen Zürich, Zug und Schaffhausen. Sie setzt sich für liberale und marktwirtschaftlich geprägte Rahmenbedingungen ein, um die Stellung der regionalen Wirtschaft zu fördern, und bietet zahlreiche Dienstleistungen für die exportierende Wirtschaft an.

Die ZHK behält sich vor, eingesandte Texte zu kürzen oder zu modifizieren. Zudem übernimmt die ZHK keine Gewähr für die Richtigkeit, Aktualität oder Vollständigkeit der Veranstaltungshinweise.

Quelle: ZHK, Café Europe

Redaktionsschluss „Stimme der Wirtschaft“ der ZHK

Ausgabe 11/21:

Freitag, 22. Oktober 2021

Abonnieren Sie auch unseren elektronischen Newsletter unter

www.zhk.ch/de/newsletter